



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/137 - 23. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1.	Crossemann und Caruskechow Legende um ein erfundenes Interview	47
2	Zwang zum Verhandeln bleibt Ungarn darf nicht zu Kurzschlussreaktionen führen	52
3	Vor dem Abschluss des Haushalts Bekommt Strauß seine Generäle?	45
4	Büro-Demokrat Felix von Eckardt und die "Laufbahn"	32
5 - 6	Friedliche Nutzung - friedliche Zusammenarbeit Ein Besuch bei der Internationalen Atom-Energie-Organisation in Wien	71
7	SPD und Mittelschichten Eine bedeutsame Tagung in Essen	50
8	Marie-Elisabeth Lüders zum 80. Geburtstag Von Hertha Gotthelf	40

* * * * *
* * * * *

Crossman und Chruschtschow

Legende um ein erfundenes Interview

sp - Erhebliches Aufsehen erregte dieser Tage in Bonner politischen Kreisen ein von der Zeitung "Die Welt" veröffentlichter Artikel (20. Juni 1958), in dem es unter Bezugnahme auf die in Paris erscheinende Monatszeitschrift polnischer Emigranten "Kultura" heißt:

"Der britische Labour-Abgeordnete Crossman hat nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion in einem geschlossenen Kreis interessante Einzelheiten aus seinem Gespräch mit Chruschtschow bekanntgegeben. Auf die Frage, wie die Reaktion der Sowjetunion auf eine eventuelle atomare Aufrüstung Deutschlands sein würde, antwortete Chruschtschow: 'Mit einem atomaren Deutschland wird Rußland eine Verständigung suchen müssen, sogar auf Kosten großer Opfer.'"

"Die Welt" bemerkt hierzu, der Artikel sei im Auswärtigen Amt genau so bekannt wie im Hauptquartier der Sozialdemokraten. "Regierung wie Opposition haben davon gegenüber der Öffentlichkeit keinen Gebrauch gemacht."

Man kann sich vorstellen, welche Spekulationen eine solche Äußerung Chruschtschow auslösen muß, wenn der sowjetische Ministerpräsident sie tatsächlich gemacht hätte. Die Aussage Chruschtschows wäre nämlich nichts anderes als die von Moskau erfolgte Bestätigung für die Richtigkeit der Politik Adenauers. Schaffen wir uns Atomwaffen an, dann werden die Russen klein beigeben müssen; "sogar auf Kosten großer Opfer."

Aber was "Die Welt" da berichtet hat, stimmt nicht. Falsch ist zunächst die "Welt"-Behauptung, die Regierung habe von der angeblichen Chruschtschow-Äußerung keinen Gebrauch gemacht. Am 10. Juni wies der Parlamentsgeschäftsführer der CDU-Bundeslagsfraktion, Abgeordneter Rasner die Bonner Presse ausdrücklich auf die Pariser Emigrantenzeitschrift mit der ominösen Chruschtschow-Äußerung hin. Am 20. Juni griffen die der CDU nahestehenden "Bonner Informationen" unter Bezugnahme auf "einen Gewährsmann aus Polen" diese Rasner-"Information" auf. Die CDU-Redner im Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen kolportieren ihrerseits eifrig die angebliche Chruschtschow-Äußerung - diesmal unter Bezugnahme auf die "Bonner Informationen."

Wie man sieht, ist die Lawine ganz schön im Rollen. Die CDU hat aber Fehd gehabt. Die ganze Geschichte hat sich nämlich inzwischen als eine fasticke Lüge herausgestellt. Der Labour-Abgeordnete R.H.S. Crossman hat der SPD brieflich mitgeteilt:

"Da ich niemals in meinem Leben in Russland war, kann ich dazu nur sagen, daß die in jener obskuren polnischen Zeitschrift veröffentlichte Geschichte auf reiner Erfindung beruht."

Crossman sandte am vergangenen Wochenende der SPD nach Übermittlung des "Welt"-Artikels außerdem noch folgendes Telegramm: "Bericht falsch. Habe kein Interview gehabt."

An sich wäre dem Dementi Crossmans nichts hinzuzufügen. Es sei uns nur gestattet, empfehlend darauf hinzuweisen, in Zukunft nach gutem journalistischem Brauch den Wahrheitsgehalt einer so gravierenden Information zu prüfen, ehe man sie als Falschmeldung in die Welt setzt.

Zwang zum Verhandeln bleibt

ap - Die westliche Staatsmannskunst ist heute vor eine ihrer schwersten Belastungsproben gestellt. Vor dem düsteren Hintergrund der Budapester Hinrichtungen erheben sich viele Stimmen, die Politiker und Regierungen auf die verhängnisvolle Bahn des Nichtverhandelns mit der Sowjetunion als dem geistigen Urheber der Budapester Schändlichkeiten drängen möchten. Die Rufer in diesem Streite können vielfach der populären Unterstützung gewiss sein, sie sprechen hier weitverbreitete Gefühle und Empfindungen an. Aber so gerechtfertigt der Schmerz, die Trauer, die Enttäuschung und die Empörung über das furchtbare Ende von Nagy und Malster sein mögen, sie sollten doch niemals die Verantwortlichen für die Geschehnisse der Völker zu Kurzschlussreaktionen leiten. Steinwürfe und zertrümmerte Fensterscheiben sowjetischer Botschaftsgebäude im Westen sind keine Antwort auf die grossen Fragen der grossen Politik, sie provozieren Gewalttätigkeiten der anderen Seite und führen zur weiteren Verhärtung.

Über allen Gegensätzen zwischen West und Ost steht der eiserne Zwang zum Verhandeln, zum dauernden Gespräch, zum Suchen nach politischen Lösungen, die von den Völkern den Alpdruck eines gemeinsamen Untergangs im Atomzeitalter nehmen. Es ist gut, dass dies erkannt wird. So werden die Vereinigten Staaten die in Genf mit den Russen im Juli vorgesehenen Besprechungen von Atomsachverständigen über Vorarbeiten zum Abschluss eines Abkommens über die Einstellung der Atomwaffenversuche weiterführen. Niemand wird der Führung der Vereinigten Staaten vorwerfen können, sie sei weniger über die Schreckensurteile in Ungarn aufgebracht als etwa die öffentliche Meinung in Europa. Aber auch das mächtige Washington kann es sich einfach nicht leisten, die Brücken zur Sowjetunion abzubrechen.

Grosse Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Bemerkung des britischen Aussenministers Selwyn Lloyd, der sich für eine Fortsetzung der Bemühungen um eine Gipfelkonferenz aussprach, sekundiert von Aneurin Bevan. "Wir dürfen nicht unsere Herzen unser Denken bestimmen lassen. Wir sollten unserem Abscheu Ausdruck geben, aber niemals den Kampf für Frieden und Abrüstung aufgeben." Eine ähnliche Erkenntnis dämmerte sogar dem Bundeskanzler in seiner Rede vor der Auslandspresse.

Aber zwischen dem Aussprechen dessen, was geboten erscheint und dem Willen, es auch zu tun, besteht oft eine Kluft. Hat die westliche Welt in den vergangenen Jahren auch alles getan, um vorhandene Anhaltspunkte eines fruchtbaren Gesprächs mit der Sowjetunion mit der geübten Klugheit und Weitsicht auszunutzen? So lassen sich Schuld und Unschuld in den bisherigen Abrüstungsverhandlungen auch bei Wahrung möglichster Objektivität nicht einseitig festlegen. Viele Chancen wurden vertan. Viele Kraftmeier in hohen Stellungen rühten sich, die Sowjetunion "eingekreist" zu haben; das erzeugte ein Gefühl der Furcht und leitete jenen Rüstungswettlauf ein, an dessen Beginn wir stehen und der in Beschluss der NATO-Konferenz von Kopenhagen, die Ansehen aller NATO-Staaten mit Atomwaffen auszurüsten, seinen Niederschlag gefunden hat.

Furcht erzeugt Wettüsten und Wettüsten Furcht - diesen Kreislauf zu durchbrechen, davor steht die westliche Politik. Gerade die ungarische Tragödie müsste für alle Ansporn zur Verdoppelung der Bemühungen sein.

Vor dem Abschluß des Haushaltes

FB. Daß Undank der Welt Lohn ist, dürfte auch der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erfahren haben, als er am vergangenen Freitag den Einzelplan 60 verabschiedete und damit praktisch die Etatberatungen beendete. Man hat davon nicht mit einer Zeile Notiz genommen, obwohl dieser Ausschuß in den letzten zwei Monaten praktisch in Tag- und Nachtschichten gearbeitet hat, um die Versäumnisse der Bundesregierung aufzuholen und zu ermöglichen, daß wenigstens noch vor der Sommerpause der Etat 1958 verabschiedet werden kann.

Nur wird am Mittwoch dieser Woche das Plenum in Aktion treten und versuchen, die zweite Lesung in dieser, die dritte in der kommenden Woche zu beenden. Es wird sich dabei ziemlich am Anfang mit den Weiterungsversuchen der Bürokratie zu befassen haben, die Entscheidungen des Ausschusses nicht akzeptieren will. Das gilt vor allem für den Bundespresseschef, der seine Ernennung zum Staatssekretär nur dann annehmen will, wenn die übrigen Stellenkürzungen seines Amtes, die der Ausschuß gegenüber der Regierungsvorlage vorgenommen hat, rückgängig gemacht werden.

Dabei ist es das größte Verdienst des Haushaltsausschusses, daß er bei den Stellenplänen der Bundesregierung kräftig den Rotstift angesetzt hat. Leider ist dabei noch viel zu viel übriggeblieben und die Praxis nach einem Jahr wird beweisen, daß es ohne manche Stelle ging, die die Bürokratie für lebenswichtig hält. Allerdings steht noch ein großes Fragezeichen im Raum. In der vergangenen Woche sind die Haushaltsexperten der CDU/CSU beim Bundeskanzler zum Hofeilempfang gewesen. Es gelang den Journalisten trotz vielfacher Bemühen nicht, herauszubekommen, mit welchem Ergebnis diese Besprechungen geendet haben. Bekommt also Strauß seine Generäle? Werden die Unterstaatssekretäre doch eingeführt und ist es Herrn von Eckardt vielleicht doch gelungen, seine Pläne durchzusetzen? In wenigen Tagen wird man Klarheit erhalten und wissen, ob die CDU/CSU wenigstens in diesem Punkte standhaft bleibt oder bereit ist, ihr Gesicht zu verlieren.

Politisch geht es dabei um viel, selbst wenn es finanziell im Rahmen von 39 Mia DM sogenannte kleine Fische sind. Bei den finanziell ernstesten Fragen ist das Problem, ob man den Einzelplan 14, den Verteidigungshaushalt, weiter als starren Block in der Landschaft behandeln will. Man soll es unumwunden aussprechen; Änderungsanträge mit einem hohen finanziellen Aufwand können nur dann befriedigt werden, wenn man an diesem Etat Abstriche vornimmt. Mehr Geld für den Luftschutz, den Straßenbau und die Förderung der Bildung, gibt es eben nur, wenn man auch bei diesem Etat mit dem Rotstift arbeitet. Man sollte nicht sagen, daß das nicht geht, denn anstandslos konnte man kürzen, als die englischen Wünsche nach Stationierungskosten befriedigt werden mußten. Man wird also sehen, ob aus diesem Etat nur für ausländische Wünsche Geld zur Verfügung steht oder auch für deutsche Lebensnotwendigkeiten.

Darüber hinaus aber sollte die politische Aussprache endlich einmal beweisen, daß Etatberatungen nicht mit der leichten Hand erledigt werden.

Büro-Demokratie

H.P. Dem Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Felix von Eckardt, soll zugute gehalten werden, dass er nicht aus der Beamtenlaufbahn, sondern aus der Wirtschaft kommt. Er sollte indessen in den langen Jahren seiner Beamtentätigkeit gelernt haben, dass es für die Führung der Geschäfte Unterschiede gibt zwischen denen, die gewinn- oder verlustbringende Geschäfte betreiben und abzuschließen haben und denen, die im Auftrage einer verantwortlichen Regierung Hoheitsakte ausüben. Der Mantel, den Felix von Eckardt sich neuestens abermals umgehängt hat, als er bemerkenswert früh in der Öffentlichkeit wissen liess, er wolle um des Betriebsklimas in seinem Amte willen nicht als einziger auf der Stufenleiter aufsteigen, passt ihm nicht und gebührt ihm auch nicht. Dieser Schritt in die Publizität zeigt, dass das Amt mehr als ein Geschäft angesehen wird. Es ist nicht das einzige Zeichen dieser Auffassung.

Es wäre eine allzu billige Effekthascherei, wenn es nicht etwas Schlimmeres ist, was da geschah. Das Schlimmere ist der Versuch, das Parlament unter Druck zu setzen; das Parlament nämlich, nicht die Bürokratie in den Ministerien beschliesst über das Budget der Bundesrepublik Deutschland. Diese Entscheidung ist die wichtigste, und in keiner wirklich als Demokratie anzusprechenden Staatsorganisation ist sie umstritten. Nur in Bundesdeutschland können es sich selbst höchste Beamte erlauben, gegen Beschlüsse des Parlaments zu demonstrieren.

Ob der Chef des Amtes, das die Presse und das Informationswesen zu "betreuen" hat, Staatssekretär ist oder höher oder tiefer auf der Stufenleiter der Beamtenhierarchie steht, das wird nach anderen Gesichtspunkten entschieden als denen, die Herr von Eckardt vorgebracht hat. Es ist die Hoheitsfunktion zu umgrenzen, die diesem Amte obliegt, und nicht das Gehalt eines einzelnen Mannes, auch nicht seine persönliche Stelle. Es ist hohe Zeit, dass auch im Bundespresseamt begriffen wird, dass man ein dem ganzen Volke dienendes Glied in der Reihe der Behörden ist, und es ist dringend erforderlich, dass der Bundestag ein klares Wort zu dieser wunderlichen Pose eines Amtschefs sagt.

- + +

Friedliche Nutzung - friedliche Zusammenarbeit

Bt. "Wenn man eine so gute Zusammenarbeit auf technischem Gebiet zustande bringt, wie uns das gelungen ist, dann bereitet man das Feld vor für die Bereinigung kontroverser Fragen auf dem Gebiet der internationalen Politik". Das sagt uns der Generalsekretär der Internationalen Atom-Energie-Organisation in Wien. Wir hatten während des Österreich-Seminars der Friedrich Ebert-Stiftung auch die Gelegenheit, die IAEA, das jüngste Kind der Vereinten Nationen, zu besuchen.

Die Internationale Atom-Energie-Organisation ist in Wien in zwei benachbarten Gebäuden am Ring provisorisch untergebracht. Hier ist noch alles im Aufbau. In Kürze wird die Organisation in ein eigenes Gebäude umziehen. Infolgedessen richten sich die Mitarbeiter der Organisation - ein Stab von Wissenschaftlern und ein Stab von Juristen und Verwaltungsfachleuten - hier noch gar nicht richtig ein und stapeln ihre Akten auf dem Fußboden. Aber die noch wenig bekannte Organisation arbeitet schon auf vollen Touren.

Sie wurde gebildet, nachdem Präsident Eisenhower 1953 seinen Vorschlag zur Errichtung einer Bank für Spaltmaterial gemacht hatte und soll vor allem den Ländern Hilfe bringen, die jetzt erst anfangen wollen, die Atomenergie zu benutzen. Acht Staaten begannen zunächst, sich zusammenzutun, dann kam die Sowjetunion hinzu und dann konnte 1955 die berühmte Genfer Konferenz stattfinden, auf der zum ersten Mal klar wurde, wie sich die Anwendungsmöglichkeiten der Atomenergie vervielfältigen lassen, wenn eine gegenseitige Unterrichtung der Atomländer in die Wege geleitet wird. 1956 gab sich die Organisation ein Statut, das von 80 UNO-Ländern unterzeichnet wurde; 66 von diesen Ländern wurden Mitglieder der Organisation.

An der Spitze der Organisation steht die Generalversammlung der 66 Mitgliedstaaten. Das Exekutivorgan ist der Gouverneursrat, dem 32 Länder angehören. Die Geschäfte führt das Sekretariat in Wien. Jedes Mitgliedsland stellt sein eigenes nationales Atomprogramm auf. Aufgabe der Internationalen Organisation ist es, Mittler zu sein zwischen den auf diesem Gebiet hochentwickelten Ländern einerseits und unterentwickelten Ländern andererseits.

Die Bedeutung der Atomenergie für alle Länder liegt einmal darin, dass man im nächsten Jahrhundert allein soviel "traditionelle Brennstoffe" verbrauchen wird wie in den vorausgegangenen 19 Jahrhunderten zusammen. Zum anderen liegt sie auf den Gebieten der Landwirtschaft (Düngung) und der Medizin (Blutkreislauf). Eine der schwierigsten Fragen, an deren Lösung man jetzt arbeitet, wird uns erläutert, ist die Rentabilität der Reaktoren. Man weiss heute noch nicht, welcher von den verschiedenen Reaktoren-Typen der wirtschaftlichste ist. Eine wirtschaftliche Verwendung der Kernfusion wird wohl vor dem Ablauf von drei Jahrzehnten noch nicht möglich sein. "Aber es ist sehr wohl möglich, dass die Konferenz, die im Herbst dieses Jahres in Genf stattfindet, eine Fusions-Enthüllungs-Konferenz wird!"

Auf unsere Frage nach den Strahlenschäden wird uns lediglich geantwortet, die Meinungsverschiedenheiten unter den Wissenschaftlern darüber, welche Menge von Radioaktivität schädlich ist, seien gering. Präziser ist die Antwort auf die Frage nach den Sanktionen gegen Länder, die gegen die gemeinsamen Abmachungen verstossen. "Wenn wir einen Verstoss gegen die Sicherheitsvorschriften feststellen oder wenn ein Land die Ergebnisse unserer Arbeit militärisch statt friedlich ausnützt, dann trifft die Generalversammlung die entsprechenden Massnahmen."

Bisher ist es zu solchen Verstössen noch nicht gekommen. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit klappt vorzüglich. Die Mitarbeiter des Sekretariats - das vier Amtssprachen hat: englisch, französisch, russisch, spanisch - sind stolz darauf und verweisen als besonders glückliches Beispiel für die Zusammenarbeit darauf, dass in der Zeit der Vorbereitenden Kommission - die über ein Jahr lang tagte - niemals eine Abstimmung nötig war, sondern in allen strittigen Fragen nach Aussprache Einmütigkeit erzielt werden konnte. Sämtliche Ostblockstaaten sind Unterzeichner des Statuts.

"Ich war kürzlich in Dubno, dem Atomzentrum der Sowjetunion", sagt uns der Generalsekretär, "und fragte die Wissenschaftler dort, ob sie wüssten, was beispielsweise in Genf gemacht wird. Sie wussten es sehr genau. Sie fahren nämlich dorthin und sie fahren auch woanders hin und bekommen auch von überall her Besuch." Wir scheiden von der Internationalen Atom-Energie-Organisation mit dem Gefühl, dass dieser rege Meinungsaustausch mit dem ausdrücklichen Ziel der gegenseitigen Hilfe nicht ohne fruchtbare politische Wirkung bleiben kann.

SPD und Mittelschichten.

R.D. Die Wirtschaftspolitik der SPD ist trotz sorgfältiger Beobachtung des Konjunkturabschwungs nicht auf Spekulation auf die Krise abgestellt. Die Sozialdemokraten halten ihre Politik nicht für eine Art Regenschirm, den man bei schlechtem Wetter in Politik und Wirtschaft aufspannt und bei Sonnenschein ablegt, und möchten auch nicht, dass sie dafür gehalten wird. So formulierte der Hauptreferent der Essener Mittelstandstagung der SPD, Dr. Hermann Veit, Baden-Württembergs stellvertretender Ministerpräsident und seit mehr als zehn Jahren Wirtschaftsminister jenes Landes, seine Ansicht.

Er referierte: Die auf die Gleichheit der Startchancen für alle Wirtschaftszweige und auf den fairen Leistungswettbewerb zum Nutzen aller abgestellte Politik der Sozialdemokratie verwerfe die überholten Leitbilder einer Mittelstandsideologie. Diese habe einer heuchlerischen Propaganda vor den Wahlen, einer Politik zeitweiliger Interessentenvorteile zwischen den Wahlen und somit der Zerreißung unserer Bevölkerung in Interessentengruppen Vorschub geleistet, anstatt die Wirtschaft zu einer notwendigen nationalen Einheit zusammenzuführen. Bei einer solchen Politik seien die Mittelschichten genau so ausserhalb der Vorteile des Wirtschaftswunders geblieben wie die Arbeitnehmer und Verbraucher. Hätten schon 1950 nur 8 % der Selbständigen 50 % der Einkommen aller Selbständigen bezogen, so hätten sich 1956 sogar 97 % der Selbständigen mit 50 % der Einkommen begnügen müssen und die restlichen 3 % aller Unternehmer die anderen 50 % für sich in Anspruch genommen. Eine einseitige Steuer- und Preispolitik unserer Regierung habe diesen Konzentrationsprozess gewollt.

Die Sicherheit des arbeitseigenen Privateigentums sei die Voraussetzung sowohl einer demokratisch orientierten Wirtschaft als auch der Unabhängigkeit und Würde der Person. Sie seien Ziel des Grundsatzprogramms der SPD, jedoch nur möglich durch eine Steuerpolitik, die nicht wie bisher die einseitige Besitzkonzentration fördere, sondern ihr entgegenwirke. Notwendig sei auch die Umgestaltung der Umsatzsteuer, um sie wettbewerbsneutral zu machen. Dem Marktdiktat der Grossen sei durch eine faire Wettbewerbsordnung zu begegnen und der Ausgleich der sozialen Lasten anzustreben, die heute den Kleinbetriebe härter träfer, als die grossen Unternehmen.

Nur durch eine Politik, die die Konjunktur zu erhalten sucht, und ohne Zwang Anreize gibt: Zum Sparen, sofern der Konsum die Konjunktur gefährdet, oder zum Konsum, wenn übermässige Investition zu Fehlleitungen führt, sei ein Wirtschaftsablauf zu garantieren, der auch den Mittelschichten auf die Dauer die Existenz zu sichern vermag. Nur eine an einem Nationalbudget orientierte, auf die Steigerung der Produktion und der Lebenshaltung gerichtete Politik, vermöge in Wahrheit auch die Förderung der Mittelschichten in sich einzubeziehen. Deren Existenz sei nur ausreichend gesichert, wenn ebenso gesicherte Verbrauchseinkommen ihnen eine kontinuierliche Beschäftigung geben. So sei der Wohlstand der Arbeitnehmer, nach dem die SPD strebe, zugleich auch immer die Voraussetzung des Wohlstandes der Mittelschichten gewesen. Die Förderung des Mittelstandes, die Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit mit den Grossen, überall da, wo dieser Wettbewerb noch möglich und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, sei ein selbstverständlicher Bestandteil der Grundsätze der SPD. Zu ihnen habe sie sich nicht nur programmatisch, sondern auch überall da bekannt, wo sie in der politischen Verantwortung stehe. Und das sei zu kontrollieren, an ihrer Politik in den Ländern und Gemeinden.

Marie-Elisabeth Lüders zum 80. Geburtstag
Von Hertha Gotthelf

Marie-Elisabeth Lüders gehört zu jener Frauengeneration, die um die Jahrhundertwende den Mut aufbrachte, sich gegen alle Konventionen ihrer wohlbehüteten Bürgerwelt zu stellen, um für die Rechte der Frauen zu kämpfen. Der Berliner Geheimratstochter genügte der Kampf um Frauenrechte allein jedoch nicht. Als sie 1912 mit Auszeichnung ihre Universitätsstudien abschloß und zum Dr. rer. pol. promovierte, ging sie in die soziale Arbeit. Auf diesem Gebiet war sie jahrzehntelang führend tätig, und als nach dem ersten Weltkrieg die Frauen das Wahlrecht bekamen, gehörte sie zu den Ersten, die 1919 in die Nationalversammlung und später in den Reichstag einzogen.

Bis 1932 vertrat Frau Lüders die Deutsche Demokratische Partei im Reichstag. Sie war bekannt und gefürchtet wegen ihrer von großer Sachkenntnis getragenen Schlagfertigkeit. Sie ist ein im besten Sinne freiheitlicher Mensch und verkörpert jenen deutschen Liberalismus, der leider niemals sehr stark im deutschen Volke verankert war. Ihre Integrität, ihre Selbstaucht, ihre völlige Hingabe an ihre Arbeit zwingen selbst ihren Gegnern Achtung ab.

Marie-Elisabeth Lüders ist aber noch mehr: als sie im April vorigen Jahres Louise Schroeder zu ihrem 70. Geburtstag gratulierte, tat sie das mit so viel menschlicher Wärme und mit einem fast mädchenhaften Charme, den man sonst hinter ihrer äußeren Herbheit gar nicht vermuten würde.

Dabei hat sie jahrzehntelang in aller Stille in ihrem persönlichen Leben bewiesen, daß man nicht nur soziale Theorien haben, sondern sie auch in die Praxis umsetzen soll. Unter den Frauenpersönlichkeiten der Bundesrepublik ist Marie-Elisabeth Lüders unbestritten die hervorragendste. Wann immer die Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages, dem sie seit 1953 als Abgeordnete angehört, das Wort ergreift, wird sie mit Interesse gehört.

Wir Frauen Westdeutschlands danken ihr für ihren Kampf um die Reform des Eherechts. Wir danken ihr aber ganz besonders für ihren mutigen Einsatz im Kampf um den Frieden und für eine Verständigung unter den Völkern.

Ihr Aufruf gegen das Atomwetter ist gerade auch von den sozialdemokratischen Frauen begrüßt und von ganzem Herzen unterstützt worden. Wir danken ihr auch für die heute so notwendige Lehre ihres Lebens: Nur wenn politische Arbeit begründet ist auf persönlicher Integrität und auf ethischen Werten, dann wirkt sie sich zum Besten der Gemeinschaft aus.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel